Kommentar

Gern mehr Investitionen, aber bitte ohne neue Schulden

uch Wolfgang Schäuble möchte angesichts der Konjunkturschwäche mehr investieren. Das klingt gut, aber was daraus folgt, ließ der Finanzminister in Washington offen. Die Koalition plant bereits, die Investitionen in Straßen und Netze in dieser Wahlpe-

riode spürbar aufzustocken. Doch die Umsetzung der deshalb mit Vorsicht zu sehen: Pläne beansprucht Zeit, und die veranschlagte Milliardensumme dafür ist zu gering.

Die öffentlichen Investitionen sind schon seit Jahrzehnten in Deutschland gefährlich gesunken, sie liegen auffällig deutlich unter dem Durchschnitt in den Industrieländern. In ihren Etats müssen Bund, Länder und Kommunen dringend andere Ausgaben zugunsten von mehr Investitionen kürzen, damit die Wirtschaft auch in Zukunft wachsen kann. Ökonomen haben in vielen Studien eine Investitionslücke in den öffentlichen Haushalten von 50 Milliarden Euro und mehr pro Jahr errechnet. Das Land lebt also immer mehr von der Substanz und droht tatsächlich den Anschluss an modernere Standorte zu verlieren, etwa bei der Digitalisierung.

Allerdings treten die positiven Wirkungen von Investitionsprogrammen erst allmählich zutage. Denn so schnell, wie der Staat aktiv werden müsste, um der Konjunktur Schub zu geben, kann er neue, komplexe Investitionsprojekte gar nicht aus dem Hut zaubern und in die Tat umsetzen. Die Konjunktur lässt sich mit Investi-



zur Debatte um die Konjunktur

tionsprogrammen kurzfristig kaum stützen. Die Steigerung der Investitionen gehört im Instrumentenkasten der Ökonomen daher eher in die "mittelfristige Rubrik Wachstumspolitik".

Der lauter werdende Ruf nach neuen Schulden zugunsten von höheren Investitionen ist nicht nur

Gern nutzt die Politik diese Gelegenheit, um schwierige Sparbeschlüsse zu vermeiden und neue, nicht investive Ausgaben zu finanzieren. Die Koalition könnte etwa ökologisch schädliche Subventionen kürzen, um Spielräume für mehr Bildungsausgaben zu gewinnen. Auch das überflüssige Betreuungsgeld könnte sie wieder streichen, um stattdessen noch mehr Geld in Kitas zu stecken. Prognose: Sie wird es nicht tun.

Deutschland hat zudem in der Euro-Zone eine Vorbildfunktion: Es führt beispielhaft vor, dass Strukturreformen nach einigen Jahren Erfolge zeitigen. Die Botschaft: Es kann Ländern gelingen, durch Reformen solide Wachstumsraten zu erzielen, die Beschäftigung zu steigern und den Staatshaushalt auszugleichen. Wenn Deutschland jetzt also sein Ziel des Haushaltsausgleichs im Jahr 2015 vorschnell aufgeben würde, dürften alle seine Kritiker in Frankreich und Italien rufen: Seht ihr, es hat doch nicht geklappt. Ihr seid mit eurer Europapolitik auf dem



E-Mail: birgit.marschall @rhein-zeitung.net

Leserbriefe

Energie Der Strompreis für private Verbraucher hat sich seit dem Jahr 2000 beinahe verdoppelt.

"Unerträglich"

Eine richtige Feststellung, dass die Strompreise unerträglich steigen. Richtig ist auch, dass die Steigerungen zum größten Teil nicht auf die Stromproduktion entfallen, sondern auf die Abgaben infolge der "Energiewende". Dies ist aber doch gar nicht erstaunlich, weil alle Effekte der Energiewende, die man so eilig aus dem Hut gezaubert hat, vorhersehbar waren. Vorhersehbar sind auch die weiteren Belastungen, die noch gravierender ausfallen werden. 1000 Milliarden Euro, sagte Herr Altmaier schon vor langer Zeit, und nichts Wirksames passiert, um dagegenzusteuern.

Was die Gutmenschen und die mainstreamsüchtigen Politiker uns mit religiösem Eifer als ein so ganz sanftes Umsteuern der Energiewirtschaft einreden, zeigt im Gegenteil immer mehr die völlige Brutalität in vielen Bereichen: Bei der Belastung der Normalbürger zugunsten der wohlhabenden EEG-Profiteure, beim Spiel mit der lebenswichtigen Versorgungssicherheit, bei der Zerstörung des Landschaftsbilds, bei der Belastung von Flora und Fauna, beim Angriff auf die Wirtschaft mit auswandernden Betrieben, mit Arbeitsplatzverlusten und geschrumpften Dividenden auch zulasten der kommunalen Aktionäre, bei den sozialen Unverträglichkeiten beim Ausbau der Netze, beim Zurückdrängen demokratischer Prozesse, bei den Folgen des Verzichts auf Abstimmung in Europa. Lauter brutale und gefährliche Effekte, zudem in einem einzigartigen nationalen Alleingang; und damit wir nicht erkennen, wie ein funktionierendes System ohne Not zerstört wird, wird uns massenhaft Sand in die Augen gestreut. Unsere Mainstream-Politiker ängstigen mich. Sie leiten nicht, sie spielen ein Schauspiel einer Laienspielschar, um uns im Hinblick auf die nächsten Wahlen bei Laune zu halten. Der Bürger merkt die Absicht und ist ver-

Matthias Holl, Andernach

stimmt.

Prognose Für die deutsche Wirtschaft sieht es zunehmend düster aus. Weltweite Krisen und eine schwache Binnennachfrage bringen den Aufschwung ins Stocken.

"Ungedeckt"

Es gab eindringliche Warnungen davor, die Misserfolgsrezepte des französischen Präsidenten Hollande zu kopieren. Alle Warnungen wurden jedoch für die eigene kurzfristige Stimmenmaximierung vorsätzlich in den Wind geschlagen. Bezahlt wurden die vermeintlichen Geschenke für die treue Klientel mit einem ungedeckten Scheck, bezogen auf die noch gut gefüllte Steuerschatulle und reichlich Wirtschaftswachstum. Wer profitiert von dem Politaktionismus? Bei der sorgenfreien Rente mit 63 nur die Jahrgänge bis 1952, die Mütterrente wendet sich ebenfalls an eine loyale Wählergruppe mit ähnlichem Altersdurchschnitt. Was ist die Folge? Die empfindliche Balance zwischen den Generationen wird nachhaltig gestört. Denn die unterlegene jüngere Generation wird bis zum 70. Lebensjahr arbeiten müssen, mit Aussicht auf eine schmale Rente auf Grundsicherungsniveau.

Damit schwinden die Hoffnungen, die die Bürger in eine Große Koalition gesetzt haben. Die unumgängliche und seit wie vielen Jahren diskutierte Reformierung der Sozialversicherung und Verschlankung des Steuersystems. Oder die Frage, wie schafft Deutschland wieder bildungsmäßig Anschluss an die Weltspitze? Stattdessen konzentriert das Kartell der Strukturbewahrer sich auf Nebenkriegsschauplätzen wie der Autobahnmaut. Damit droht schon der nächste Griff ins Portemonnaie des Bürgers. Denn Nehmen ist für manchen Politiker doch seliger als Geben.

Thomas Bursian, Kirn

Ihr Kontakt zu uns

Sie möchten auch Stellung zu Themen unserer Zeit oder unserer Zeitung beziehen? Schreiben Sie uns:

Rhein Zeitung "Leserbriefe" 56055 Koblenz Fax: 0261/892-122 leserbriefe@rhein-zeitung.net Gegen den Strich von Horst Haitzinger



"... und dann die Nato rufen!"

Arzt: Es wird bei uns keine Ebola-Epidemie geben

Gesundheit Experte sieht Deutschland für einzelne Erkrankte gut gerüstet

■ Hamburg. In Europa wächst die Sorge vor einer Ausbreitung der Ebola-Seuche. Erstmals trat in dieser Woche ein Fall einer Infektion außerhalb Westafrikas auf: Eine Pflegehelferin steckte sich in Spanien bei einem Patienten an. Im Interview erklärt der Mediziner Prof. Bernhard Fleischer vom Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin in Hamburg, warum es trotzdem keinen Grund zur Panik gibt.

Muss man Angst vor einem Ebola-Ausbruch in Deutschland haben?

Nein. Ich glaube gerade in Deutschland ist die Chance, dass es einen Ausbruch gibt, außerordentlich gering oder gar nicht vorhanden. Was natürlich passieren kann, ist, dass jemand ohne Symptome einreist und hier erkrankt, wie es in den USA der Fall war. Aber da ist Deutschland gut aufgestellt, es gibt Quarantänemaßnahmen und eine schnelle Diagnostik, wir haben gute Krankenhäuser und gute Ärzte. Eine Epidemie wird es hier keinesfalls geben. Ich denke, dass wir hier in Europa sehr wachsam und aufmerksam sind.

Kann es passieren, dass ich mich im Flugzeug mit Ebola anstecke?

Theoretisch ist das möglich. Wenn die Krankheit ausbricht, wird man auch infektiös. Solange man aber keine Symptome hat, also in der Inkubationszeit, ist das nicht der Fall. Erst wenn der Patient erkrankt, also Fieber auftritt, ist die Infektionsgefahr gegeben. Und wenn der Patient richtig schwer krank ist, ist er auch hochinfektiös. Man muss aber Kontakt mit ihm oder mit seinen Ausscheidungen haben. Alle Evidenz spricht gegen eine Übertragung durch die Luft. Darum ist auch die Reproduktionsrate, also die Zahl derer, die ein Infizierter im Durchschnitt ansteckt, vergleichsweise gering.

Können Sie das näher erklären?

Ein Infizierter steckt im Durchschnitt eineinhalb weitere Menschen an. Ein an Masern erkranktes Kind würde in einer nicht immunen Umgebung 15 Menschen anstecken. Masern sind also zehnfach ansteckender, weil sie durch die Luft übertragen werden. Das ist bei Ebola nicht der Fall, man kann sich nur bei körperlichem Kontakt anstecken oder im Kontakt mit Gegenständen, die der Infizierte berührt hat, als er bereits schwer erkrankt war.

Aus Angst vor Ebola haben Reinigungskräfte am New Yorker Flughafen La Guardia die Arbeit niedergelegt. Wie gefährlich ist es, ein Flugzeug zu putzen?



Die Sorge vor Ebola in Europa wächst. Bei uns gibt es aber keinen Grund zur Panik, sagt Mediziner Prof. Bernhard Fleischer. Foto: Heike Günther/BNITM

nichts passieren. Das Virus ist ja nicht in der Luft vorhanden. Nur wenn der Patient schwer krank war und sich zum Beispiel erbrochen hat, geht von kontaminierten Gegenständen eine Gefahr aus. Der Entdecker des Ebola-Virus hat gesagt, dass er keine Probleme hätte, neben einem Infizierten in der U-Bahn zu sitzen. Solange er sich nicht über ihn erbricht, hätte er keine Sorge.

Geht von großen Menschenansammlungen eine Gefahr aus?

Theoretisch ist das möglich. Es ist aber extrem unwahrscheinlich, weil

Ich würde sagen, dass es nicht ge- das Virus nicht durch die Luft überfährlich ist. Wenn man putzt und tragen wird. Man kann sich in Handschuhe trägt, kann einem Menschenansammlungen nur anstecken, wenn man einen Erkrankten berührt, der äußerlich mit dem Virus kontaminiert ist.

Sollte man von Reisen nach Afrika gänzlich absehen?

Es gibt die Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes (für Guinea, Liberia und Sierra Leone). Das sind die Warnungen, die man beachten sollte. Es gibt keinen Grund, generell nicht mehr nach Afrika zu fliegen. Man muss natürlich verfolgen. ob es neue Reisewarnungen gibt.

Die Fragen stellte Maren Hennemuth

Ebola-Scherz verängstigt Passagiere eines US-Flugs

Mit einem Ebola-Scherz hat ein Passagier auf einem Flug aus den USA in die Dominikanische Republik Medienberichten zufolge Angst unter den Reisenden verbreitet. "Ich habe Ebola, ihr seid alle geliefert", soll der Mann in einer US-Maschine auf dem Weg von Philadelphia nach Punta Cana gesagt haben. Nach der Landung ist ein Sondereinsatzteam der örtlichen Gesundheitsbehörde in blauen Schutzanzügen an Bord gegangen und hat ihn abgeführt, berichtete der US-Sender CNN. "Ich habe nur Spaß gemacht, ich bin nicht aus Afrika", soll der Mann dann gerufen haben. Doch statt wie geplant zwei Wochen Urlaub in der Dominikanischen Republik zu verbringen, ist der 54-Jährige einen Tag nach dem Vorfall in die USA zurückgeschickt worden, sagte ein Verantwortlicher des Flughafens von Punta Cana nach einem Bericht der dominikanischen Zeitung "Diario

Libre". Eine Untersuchung hat demnach zuvor ergeben, dass der Mann nicht mit dem Virus infiziert ist. Die Fluggesellschaft US Airways teilte mit, dass sie angesichts eines möglichen Gesundheitsproblems an Bord die Richtlinien der US-Gesundheitsbehörde CDC im Kampf gegen Ebola angewandt hat. Unter den mehr als 200 Passagieren und Besatzungsmitgliedern herrschte den Medienberichten zufolge Beklemmung und Empörung über den 54-Jährigen. "So etwas kann man doch nicht machen", wurde ein Fluggast zitiert. In 36 Berufsjahren habe sie nichts dergleichen erlebt, sagte eine Stewardess den Berichten nach: "Der Mann, der das gesagt hat, ist ein Idiot." Ebola ist erst nach Auftreten der Symptome übertragbar.

Leseranwalt

lochen Kampmann ist Ihr Mann in unserer Redaktion



RZ-Leseranwalt, 56055 Koblenz leseranwalt@rhein-zeitung.net

Nachrichten in die Tasche stecken

eränderungen können zu Verunsicherung führen. Das ist so, und niemand sollte sich darüber wundern. RZmobil heißt beispielsweise die neue App unserer Zeitung. Sie zeigt die wichtigsten Nachrichten unseres Onlinedienstes www.rhein-zeitung.de an – maßgeschneidert für Apples iPhones und Android-Smartphones. Für Abonnenten unserer Zeitung und Digitalabonnenten ist der neue Dienst kostenlos.

Einige haben mir deshalb geschrieben, andere mich angerufen. Eine Leserin mailte: "Sie zwingen Ihre Abonnenten förmlich zum Kauf eines dieser Geräte, um die Texte von Ihnen lesen zu können. Nicht alle Menschen können oder wollen diese Anschaffung." Nein, erklärte ich der Dame am Telefon, es ist nur eine andere Art, Zeitung zu lesen. Die Zeitung, die Sie in der Hand halten, hat nicht weniger Inhalt. Aber es gibt Leute, die sitzen vielleicht im Auto, stehen im Stau und wollen sich informieren. Die benutzen solche Geräte - informieren sich aus der Zeitung, nur nicht der auf Papier.

"Lachen Sie jetzt über mich?", fragte die Leserin. Nein, das ist doch eine berechtigte Frage. Es heißt schließlich nicht von ungefähr: Wer fragt, gilt einen Moment als dumm, wer nicht fragt, bleibt es. Und Fragen zu stellen, ist schließlich immer erlaubt und sehr wichtig. Keiner weiß das besser als ein Redakteur.

Tweet des Tages

An Malala sieht man mal wieder, dass auch kleine Menschen Großes schaffen können.

twitter.com/Lea Gebauer

Facebook

Friedensnobelpreis an Kinderrechts-Kämpfer

Petrus Medmann: Wer am meisten zu leiden hat in allen Kriegen, sind die Kinder! Und ich hoffe und wünsche mir, jedem wird es durch die Wahl der beiden Preisträger be-



Sie finden uns unter facebook.com/rheinzeitung

Das bringt das Wochenende

Wie geht es weiter in Gaza?

Eine Geberkonferenz in Kairo soll die Finanzierung des Wiederaufbaus organisieren.

Kurden protestieren gegen IS Für eine Demo in Düsseldorf sind 10 000 Teilnehmer angemeldet.

Preis für US-Internetkritiker Jaron Lanier bekommt Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

Video des Tages



Gepardenbabys geboren

Im Zoo Basel sind vier Gepardenbabys zur Welt gekommen. Da die Zucht dieser Wildkatzen nur selten gelingt und sie in freier Wildbahn ebenfalls gefährdet sind, ist diese Geburt für ihre Arterhaltung besonders wichtig.



Ein Video des Vorfalls sehen Sie unter ku-rz.de/ebolaberer